

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 5511 62 49
Elt: 100 500 00/Elt-Nr.: 0670017787

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 3, 6. Februar 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Ehrenbürden

Von Heiner Lichtenstein

Anfang 1989 wurde in 100 deutschen Städten herumgefragt, wer zwischen 1933 und 1945 Ehrenbürger geworden und was mit ihnen nach 1945 geschehen sei. 92 antworteten, 57 bestätigten die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers, 40 fügten hinzu, diese Ehre sei nach der Befreiung widerrufen worden. Ähnlich oft war dem greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg diese Ehre zuteil geworden – häufig zusammen mit Hitler.

Andere Städte und Gemeinden stellten sich dieser Frage gar nicht, sondern argumentierten, das Thema habe sich von selbst erledigt – durch den Tod des Tyrannen. Sie haben es sich allerdings zu leicht gemacht. Üblich ist, dass die Ehrenbürgerschaft bei unwürdigem Verhalten entzogen werden kann. Man muss sich dieser Prozedur also stellen. Das gilt für alle Gemeinden – auch für Berlin und für Potsdam mit ihrer Ehrenbürde Hindenburg.

Die Frage, ob der Generalfeldmarschall noch heute diese Ehre verdient, ist umstritten. Die einen rühmen seinen langen Widerstand dagegen, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, andere kreiden ihm an, schließlich doch kapituliert zu haben. Es sollte aber Übereinstimmung bestehen, dass Paul von Hindenburg alles andere als ein Demokrat war. Seine engsten Berater waren allesamt konservativ – monarchistische Reaktionäre, die dem Kaiser nachtrauerten und die Republik von Weimar ablehnten, wenn nicht gar bekämpften. Eine Stadt soll auf ihre Ehrenbürger stolz sein, sie ihren jungen Bürgern als Vorbild präsentieren. Hindenburg ist keines. Er hat zwar im Ersten Weltkrieg ein paar Schlachten gewonnen und wurde zum Helden ernannt, für die Demokratie war er aber eher eine Belastung, vielleicht sogar schädlich. Deshalb täten alle Städte gut daran herauszufinden, ob dieser Herr noch ihr Ehrenbürger ist – und wenn ja, ihn schleunigst aus der Liste zu streichen.

Brandsatz geworfen

Vier Skinheads aus der Vorderpfalz wurden wegen gezielten Anschlags auf linke Jugendliche zu Haftstrafen verurteilt.

Seite 3 ■

Eingeschüchtert

Im Dresdner Prozess gegen die Skinheads Sächsische Schweiz erzählte ein Zeuge von Repressalien durch die Rechtsextremisten.

Seite 4 ■

Braune Sozialisten

Lübecker Wählergemeinschaft wird „Wesensverwandtschaft“ mit der NSDAP vorgeworfen.

Seite 5 ■

Rechte Konkurrenten

Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai kommen sich Schill-Partei und DVU voraussichtlich ins Gehege.

Seite 7 ■

Offenes Geheimnis

Ehemaliger SS-Mordtäter lebt seit Jahrzehnten unbehelligt in einer norddeutschen Kleinstadt.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**„Historischer Schritt“**

Die Juden in Deutschland sind jetzt gleichberechtigt mit den Kirchen.

Als 1950 die wenigen in der Bundesrepublik lebenden Juden sich eine Spitzenvertretung gaben, wurde intensiv über den Namen diskutiert. Man einigte sich schließlich auf „Zentralrat der Juden in Deutschland“ und verwarf damit den „Zentralrat deutscher Juden“. Das ist länger als ein halbes Jahrhundert her. Damals war für viele Juden die Bundesrepublik ein Durchgangsland auf dem Weg nach Israel oder in die USA. Kaum jemand konnte sich vorstellen oder eingestehen, fünf Jahre nach dem Erlöschen der Krematorien im Land der Täter zu bleiben. Inzwischen stehen die gepackten Koffer längst im Keller und seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa kommen viele Juden von dort in die Bundesrepublik.

Die jüdische Gemeinschaft ist seit 1990 von 30 000 auf etwa 100 000 angewachsen. Das ist uneingeschränkt zu begrüßen. Der Zuwachs hat aber gleichzeitig zu gewaltigen Problemen geführt. Es entstanden neue Gemeinden, die Synagogen und Verwaltungen, oft auch Schulen brauchten. Zur Integration mussten und müssen Sprachkurse angeboten werden und anderes mehr. Auch deshalb haben der Zentralrat und die Bundesregierung einen Staatsvertrag ausgehandelt, den Bundeskanzler Gerhard Schröder und Zentralratspräsident Paul Spiegel am Gedenktag für die NS-Opfer, also am 27. Januar, in Berlin unterschrieben haben. Einen „historischen Schritt“ hat Spiegel das genannt – zu Recht. Die Juden stehen damit nämlich zum ersten Mal in Deutschland gleichberechtigt neben den christlichen Kirchen und erhalten für ihre Arbeit jährlich drei Millionen Euro. Zu dieser Summe kommen weitere Zuschüsse von den einzelnen Bundesländern hinzu, die ihrerseits Staatsverträge mit den jüdischen Landesverbänden geschlossen haben. Damit ist die größte finanzielle Not behoben. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere hat weniger mit Geld, um so mehr aber mit der Zukunft der hier lebenden Juden zu tun. Die Mitglieder der Gründergenerationen sind inzwischen in der Minderheit gegenüber den Zuwanderern aus dem Osten. In großen Gemeinden bestehen die Gemeindeblätter längst aus einem deut-

schen und einem russischen Teil. Die älteren Zuwanderer können kein Deutsch und nur die wenigsten werden es noch lernen. Sie sprachlich und sozial zu integrieren, dürfte nur in einzelnen Fällen gelingen. Bei den jüngeren Erwachsenen stehen die Chancen etwas besser, doch auch sie haben kaum Kontakt mit den Gemeinden. Die Hoffnung ruht mal wieder auf den Kindern. Sie müssen und werden wohl lernen, was es heißt, jüdisch zu sein, was man von ihren Eltern und Großeltern leider nicht sagen kann.

Salomon Korn, Mitglied des Zentralrats, sagt, jüdisches Leben werde sich hier „neu definieren“. Mit dem Staatsvertrag haben die Juden jetzt eine sichere finanzielle Basis. Was sie damit machen, definieren und entscheiden alleine sie. Hinter England und Frankreich lebt hier die drittgrößte jüdische Gemeinschaft Europas mit dem stärksten Wachstum. Das Direktorium des Zentralrats, das unter anderem den Präsidenten und seine Stellvertreter bestimmt, sollte versuchen, nur nach und nach Zuwanderer in die Spitzenfunktionen zu wählen. Ein gleitender Übergang sichert das Fortbestehen der gewachsenen Gemeinden und garantiert jüdisches Leben in Deutschland. Der Vorgang ist für deutsches Judentum nicht neu. Anfang des vergangenen Jahrhunderts und nach dem Ersten Weltkrieg sind viele Juden aus Polen nach Deutschland gekommen. Die zweite wenngleich flachere Welle kam nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Flucht vor Pogromen und staatlichem Antisemitismus ebenfalls aus Osteuropa. Es dauerte mindestens eine Generation bis zur Integration und es wird auch dieses Mal nicht von heute auf morgen gehen.

Der Zentralrat habe sich große Verdienste um die demokratische Kultur in der Bundesrepublik erworben, hat der Bundeskanzler gesagt. Er habe „den Aufbau der Demokratie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv mitgestaltet und mit konstruktiver Kritik begleitet“. Spiegels Vorgänger haben das getan, Spiegel tut es – mit Erfolg, wie der mit der Bundesregierung ausgehandelte Vertrag zeigt. Die Juden in Deutschland können jetzt endlich langfristig planen, vielleicht sogar nach und nach ihre Schulden abtragen, die sie für die Betreuung der Zuwanderer machen mussten. Siebzig Jahre nach der Machtübernahme der Nazis steht die jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik möglicherweise vor einer Renaissance. Wenn dem so ist, heißt der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ in zehn oder zwanzig Jahren vielleicht „Zentralrat deutscher Juden“.

Karl Heinrich

Aktivitäten**„Ausräuchern“****Gericht verurteilte vier Skinheads wegen eines Brandanschlags auf Linke.**

Der Anruf beim Dezernat Staatsschutz der Polizei war für den Anwalt die letzte Hoffnung. Vor dem Prozessbeginn gegen den Skinhead Jaime Burkardt aus Mannheim erkundigte sich der Rechtsanwalt, ob sein Mandant ins Aussteigerprogramm aufgenommen werden könnte. Doch der Beamte durchschaute die Strategie und beendete das Gespräch.

Kurz darauf wurde vor dem Landgericht Frankenthal der Prozess gegen die vier Skinheads Jaime Burkardt (20), Christopher Berry (19), Nico Roth (20) und Benjamin Riedle (20) eröffnet. Der Vorwurf: Versuchter Mord in sieben Fällen. Die vier hatten an Ostern vergangenen Jahres einen Brandsatz auf ein Wohnhaus im idyllischen Pfälzer Dorf Erpolzheim geworfen. In dem Gebäude feierten Jugendliche aus der linken Szene eine Party. Ebenfalls auf der Anklagebank saß Burkardts Freundin Nadja E. (16).

Wenige Tage vor der Tat war es in einem Regionalzug zwischen Tätern und Opfern zu einer Auseinandersetzung gekommen. Streitereien zwischen rechten und linken Jugendlichen in der Vorderpfalz sind keine Seltenheit, aber dieses Mal wollten die Skinheads Rache nehmen. Nico R. gibt sich als „Hansi“ aus und erkundigt sich bei der linken Gruppe telefonisch, was denn am Abend geplant sei. Die berichten nichts ahnend von der Party am Abend in Erpolzheim. Burkardt will zu einer rechten Veranstaltung im Elsaß, hat aber keinen Fahrer. Nico R. bietet seine Hilfe an, unter der Voraussetzung, dass man zuvor noch schnell in Erpolzheim bei den verhassten Linken vorbei schaue.

In der Mannheimer Wohnung von Burkardt bauen der und Christopher Berry gemeinsam fünf Molotow-Cocktails. Burkhardt füllt Spiritus in die Flaschen, Berry bastelt mit Küchenpapier die Lunte. Nadja E. schaut zu. Die Geschosse werden schließlich in eine Stofftasche gepackt. Auf dem Weg nach Erpolzheim stoppen die Rechten noch mal an einer Tankstelle, um ein Feuerzeug zu kaufen.

Vor dem Wohnhaus in Erpolzheim zieht sich Burkardt eine Sturmhaube über den Kopf und mar-

schiert auf das Haus zu. Die anderen Rechten stehen im Garten und werden von ihm dirigiert. Plötzlich feuert der 20-Jährige eine Benzinflasche auf das Haus, Glas zerbricht, die Skinheads ergreifen die Flucht. Die Bewohner im Haus schrecken auf. Das Feuer können sie aber schnell löschen. Burkardt hatte das Dach getroffen und nicht das Fenster. Noch am selben Abend werden Berry, Roth und Riedle gefasst. Burkardt flüchtet mit seiner Freundin nach Berlin. Wenige Tage später stellt er sich dort der Polizei.

Er sei „national“ eingestellt, meinte Burkardt beim Prozess. Seine Lebenssituation sei damals schlecht gewesen, an die Folgen des Anschlags habe er nicht gedacht, das sei ihm „scheißegal“ gewesen, erklärte er dem Gericht. Die Molotow-Cocktails habe er nur zur Verteidigung gebastelt, um Angriffe der Linken mit Waffen abwehren zu können. Einer der Mitangeklagten berichtet dagegen, Jaime Burkardt habe die Linken „ausräuchern“ wollen.

Der mitangeklagte Berry gab an, er habe sich von der Szene abgewandt, vergaß allerdings, seinen schwarz-weiß-roten Pulli auszuziehen. Seine Lehrstelle bei BASF in Ludwigshafen hatte er während der Untersuchungshaft verloren. Der Bürokaufmann-Azubi Nico Roth bekam bereits mit 14 Kontakte zur Skinhead-Szene, Benjamin Riedle, der zur Tatzeit eine Lehre zum Energieanlagenelektroniker machte, tummelt sich seit dem 16. Lebensjahr bei den Glatzen. Beide distanzierten sich zumindest beim Prozess von der rechten Szene.

Der Brandanschlag von Erpolzheim verdeutlicht die Strukturen der rechten Szene im Südwesten. Die Angeklagten kommen überwiegend aus beschaulichen Pfälzer Weindörfern. Entlang der Deutschen Weinstraße gibt es mittlerweile in fast jedem Ort eine Skinhead-Gruppe. Das Stadion des Fußball-Zweitligisten SV Waldhof Mannheim ist seit Jahren ein fester Treffpunkt der rechten Szene. Die Brandsatzwerfer von Ludwigshafen-Oppau, die im Sommer 2000 ein kleines Mädchen aus dem Kosovo schwer verletzten, haben hier mitgemischt. Burkardt hatte bei einigen Vereinen Stadionverbot, Berry war ein polizeibekannter Hooligan.

Das Frankenthaler Landgericht, das eher zu milden Urteilen gegen rechte Jugendliche neigt, sprach ein deutliches Wort. Viereinhalb Jahre Haft für Burkardt, je zwei Jahre auf Bewährung für Berry, Roth und Riedle. Der Vorwurf des versuchten Mordes wurde fallen gelassen. *Benny Bender*

Aktivitäten**Klima der Angst**

Erstmals wagte es ein Zeuge im Prozess gegen die Skinheads Sächsische Schweiz auszusagen. Welche Folgen das haben kann, bekam er bereits zu spüren.

Sonderlich glücklich sah Ex-SSSler Daniel Betke am vorletzten Mittwoch des Januar nicht aus. Am Tag zuvor waren bei ihm und dem ebenfalls Beklagten Thomas Sattelberg im Prozess gegen die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) sowie dem Rest der Band „14 Nothelfer“ Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Grund war der Verdacht der Volksverhetzung, der sich, so die Staatsanwaltschaft gegenüber dem BnR, erhärtet hat.

Ausgangspunkt war die von Mirko Hesse produzierte Nothelfer-CD „Einstand“. Hesse gab im September 1998 an die Firma AFK Adrian Preißingers den Auftrag zur Herstellung von 1000 Stück. Nach der Pressung in Italien wurden diese an die einschlägige Adresse von Movement Records in Chemnitz – dort produzierten die „14 Nothelfer“ ihre CD „Hate'n'Roll“ – geliefert, wo sie Hesse abholte. Insbesondere der Titel „Assi“ auf der „Einstand“-CD, der bereits in den Verfahren gegen Hesse und Preißinger eine Rolle spielte, bot nun den Anlass für die Durchsuchung: „Sie ficken wie die Hasen und haben hundert Kinder (...) Waschen und sich pflegen, das tun sie nie / lieber, lieber stinken sie wie das Vieh / Hass im Gesicht, die Faust geballt / wieder ein Tier / niemals so sein, niemals so werden / Abschaum, Abschaum, jetzt geht's an“. Bei den fünf Personen wurden neben dem gesuchten Material, so Textaufzeichnungen, Vermerke über Auftritte und die Aktivitäten der Band, auch Schlagringe gefunden sowie schriftlich belegte Absprachen, die sich auf den SSS-Prozess beziehen. So im Falle der Aussage des ehemaligen Mitglieds Andreas W. In der jetzt bei Thomas Sattelberg gefundenen ersten Fassung vom 6. Dezember letzten Jahres las sich einiges anders, als es dann später in der Verhandlung zu hören war. Der Vorsitzende Richter sprach damals angesichts der „hoheitsvoll“ gewährten Ausführungen über die quasi als sozialer Fürsorgeverein dargestellten SSS, von einer Provokation der Kammer.

Knapp 24 Stunden nach der Durchsuchung gab es vor der Staatsschutzkammer in Dresden für Dani-

el Betke schließlich die nächste schlechte Neuigkeit. Ein erster Zeuge hatte sich überwunden und sagte aus. Bislang konnten sich Zeugen oftmals nicht mehr oder nur noch sehr selektiv erinnern, was in Pirna und Umgebung über Jahre vor sich gegangen war. Gegen zwei Personen leitete der Staatsanwalt bereits Ermittlungsverfahren wegen uneidlicher Falschaussage ein. Dieser Zeuge nun, ein ehemaliges NPD-Mitglied aus dem Umfeld der SSS/AO, wohnt in einer kleinen Ortschaft, wo jeder jeden kennt und die NPD zur Bundestagswahl fast zehn Prozent bekam.

Betke habe ihm vor zwei Jahren, „wie man so schön sagt, aufs Maul gehauen“, führte er vor Gericht aus. Der Grund war eine Aussage bei der Polizei unter anderem wegen eines Überfalls von SSSlern, der Linken untergeschoben werden sollte. Wenn er Anzeige erstatte, habe Betke damals zu seinem Opfer gesagt, „dann war's das.“ Mit seinen zwei blauen Augen und dem teilweise ausgeschlagenen Zahn traute sich der Jugendliche nicht zur Polizei, nicht mal zum Arzt, „weil ich Angst hatte... richtig Angst.“ Und die sei geblieben und sei ganz allgemein, so werde er noch heute „von der Jugend vom Dorf“ verbal angegriffen, kaum dass er sich zum Arbeitsamt traue. Und diese „Angst heute vor Gericht“ war während der Verhandlung zu spüren, insbesondere, als der bullige Betke den Zeugen ständig mit einem Blick fixierte oder die Anwälte ihn in Ton und Diktion versuchten, herabzuwürdigen. Dem Vorsitzenden Richter wurde das eindeutig zuviel: „Herr Betke, ich sage es ganz deutlich, wenn das im Jahr 2002 gewesen wäre, hätten Sie heute einen Haftbefehl bekommen.“, versicherte er.

Die Zeugenaussage ändert zwar nichts an dem, was bislang schon über die Skinheads Sächsische Schweiz bekannt war, aber sie bewirkte eine Klimaveränderung. Das ständige Gerede, insbesondere von Leuten außerhalb des Gerichtssaals, der Prozess drohe an der unzureichenden Beweislast zu scheitern, wurde inzwischen durch den ebenso falschen Begriff der „Wende im Prozess“ ersetzt. Spätestens mit dem Einbringen der Sachbeweise waren Ziel und Charakter der Neonazibande eindeutig. Durch die nun erfolgte Aussage wurden inzwischen weitere Zeugen ermutigt, das Schweigen aufzugeben.

Noch während der Verhandlung teilte der Oberstaatsanwalt dem beschuldigten Betke mit, dass gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehl beantragt sei.

Lukas Kilian

Aktivitäten

„Wesensverwandt“

Neonazistische Wählergemeinschaft in Lübeck ist in Verdacht geraten, die Bestrebungen der NSDAP weiterzuführen.

„Sozialismus ist braun“, steht auf einem Transparent. Unter dem Motto „Arbeitsplätze für Lübeck! Nur nationaler Sozialismus schafft Vollbeschäftigung“ hat das „Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck“ am Samstag, 25. Januar 2003 einen Aufmarsch in dem Stadtteil Küchnitz angemeldet. Aber nur 70 Kameraden folgen dem Aufruf der Wählergemeinschaft um die Neonazis Jörn Lemke und Jürgen Gerg zu ihrem Auftakt der Kommunalwahl. Erneut offenbart das neonazistische Bündnis mit dem programmatischen Namen im Wortspiel sein politisches Ideal – die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Doch nicht nur die Parolen und der Titel, auch das Programm fordern die Innenbehörden in Schleswig-Holstein heraus.

Noch am Freitag durchsuchten Ermittlungsbeamte wegen des Verdachts, die Bestrebungen der NSDAP weiterzuführen, die Wohnung des Vorsitzenden der Wählergemeinschaft, Jürgen Gerg, im Stadtteil St. Jürgen. Die Beamten folgten einer Anweisung der Staatsanwaltschaft Flensburg, die gegen den 27-Jährigen wegen des „Anfangsverdacht eines Vergehens gegen Paragraph 86 StGB (Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen)“ ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Der Kandidat Nummer 2 steht im „Verdacht sowohl Grundsatz- als auch Wahlprogramm ins Internet eingestellt zu haben“. Im Programm, hebt Staatsanwalt Georg Güntge hervor, werde unter anderem gefordert, dass Ausländer und auch Deutsche mit ausländischer Herkunft das Land verlassen müssen oder dass ausländische Kinder nicht zusammen mit deutschen eine Schulkasse besuchen dürfen. „Diese Gedanken erinnern ganz deutlich an die nationalsozialistische Politik“, betont Güntge. Bei der Durchsuchung seien die Beamten „überall auf rechtsradikales Gedankengut“ gestoßen. Der Besitz von solchen Büchern, Flugblättern und Aufklebern allein sei jedoch nicht strafbar, sondern nur die Verbreitung. Deshalb beschlagnahmten die Beamten zwei Computer und diverse Disketten.

Die „Aktion“ sei eine Behinderung des laufenden Wahlkampfs, klagt Jörn Lemke, Gergs Stellvertre-

ter und Spitzenkandidat, bei dem Aufmarsch in Küchnitz und erklärt sogleich, dass die „Wahlvorbereitungen gerade fünf Stunden verzögert“ wurden. Denn „so lange dauerte es, bis Gerg wieder eine EDV-Anlage hatte“. Zwar wüsste er (Lemke) nicht, welche Forderungen aus dem Programm er noch „öffentlich vorstellen“ dürfe, wettet Lemke auf einer Zwischenkundgebung, aber er wolle sich nicht nehmen lassen, auf die sozialen Probleme wegen des „fremden Kapitals“ und der „Überfremdung“ hinzuweisen. „Nur der Nationale Sozialismus“ schaffe Arbeitsplätze, meint Lemke, der auch Generalsekretär des NPD-Landesverbandes ist. Die Gastredner Christian Worch, Hamburg, und Peter Borchert, Neumünster, ergänzen, dass Lösungen nur weil sie „alt“ seien, nicht falsch oder gar verbotswürdig wären. Auf Aufklebern der Wählergemeinschaft in dem Stadtteil, wo das „Bündnis Rechts für Lübeck“ (BRL) bei den Kommunalwahlen 1998 5,4 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wird „Ausländerrückführung statt Zuwanderung“ und „Heimat, Kultur, Sprache und völkische Identität sind Menschenrechte!“ gefordert.

Trotz der Ermittlungen hatte das Oberverwaltungsgericht Schleswig das Verbot des Aufmarsches durch die Hansestadt in der zweiten Instanz nicht bestätigt. Schließlich sei die Wählergemeinschaft zur Wahl zugelassen. Unverständlich für die etwa 200 Menschen, welche unter dem Motto „Küchnitzer gegen Rechts“ vor Ort protestieren. Jörn Puhl vom SPD-Ortsverein Roter Hahn betont, dass diese Neonazis das „erklärte Ziel verfolgen, die NSDAP wiederzugründen“. „Die Wählergemeinschaft hätte gar nicht erst zur Wahl zugelassen werden“ dürfen, so Christoph Klein vom Bündnis gegen Rassismus. Auf den Vorwurf hatte Lübecks SPD-Bürgermeister Bernd Saxe bereits bei der Zulassung reagiert: „Der Wahlausschuss entscheidet ausschließlich nach formalen Kriterien“, erklärte Saxe.

Derweil beschuldigt Lemke den Vorsitzenden des konkurrierenden BRL, Dieter Kern, den Vorwurf der „Wesensverwandtschaft mit der NSDAP“ gestützt zu haben, da Kern die Wählergemeinschaft als „nationalsozialistische Organisation“ bezeichnete. Doch selbst Christian Worch, der sich mit Kern wegen Lemke und Gerg streitet, scheint wegen der Namensgebung Bedenken zu haben. In einem Brief an Kern schreibt Worch, dass er den „originalen Namen“ der Wählergemeinschaft nicht verwende, um juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Andreas Speit

Aktivitäten**Unsäglicher Eklat****Neonazis stürmen Gedenkveranstaltung**

Die Gedenkveranstaltung ist inzwischen Tradition. Im einstigen Magdeburger Schwerindustrieviertel Rothensee trifft man sich im Januar, um der Zwangsarbeiter zu gedenken, die im ehemaligen Außenlager „Magda“ des KZ Buchenwald geknechtet und ermordet worden sind. In diesem Jahr verließen zahlreiche Teilnehmer der Gedenkveranstaltung den Ort Kopf schüttelnd und überstürzt. Zehn Neonazis hatten die Veranstaltung gestürmt. „Sie riefen antisemitische und nationalsozialistische Parolen und versuchten, Flugblätter an uns zu verteilen“, erinnert sich ein Teilnehmer.

„Wir sind der nationale Widerstand“ skandierten die kurz- bis kahlgeschorenen Störer und stürmten in die Menge der Menschen, die sich an diesem Ort zum Gedenken versammelt hatten. Drei Polizeibeamte, die vor Ort waren, versuchten zwar, die Störer abzudrängen und möglichst dingfest zu machen. Es blieb jedoch zunächst beim Versuch. Die Rechtsextremisten ergriffen nach einem kurzen Gemenge mit den Beamten zunächst die Flucht. „Wir konnten sie erst nach Anforderung von Verstärkung stellen“, heißt es aus dem Polizeipräsidium.

„In den vergangenen Jahren war es bei den Gedenkveranstaltungen in Rothensee zu keinerlei Störungen gekommen“, sagt Polizeisprecher Frank Küssner. „Gerade deshalb hatten wir in diesem Jahr nur drei Beamte zum Schutz der Veranstaltung abgestellt“. Nach Augenzeugenberichten hat sich aber lediglich einer dieser drei Beamten den Neonazis wirklich entgegen gestellt, ihnen Flugblätter und Transparente abgenommen. Als die angeforderten Verstärkungskräfte angerückt waren, waren die meisten der Störer längst entkommen. Allerdings wurden nahezu alle Beteiligten ermittelt und zwischenzeitlich angezeigt. Alle Störer der Veranstaltung seien wegen rechtsextremer Straftaten bereits einschlägig bekannt, räumt die Polizei ein. „Ich kann mich nur im Namen der Magdeburger und in meinem eigenen Namen für diese Störung der Gedenkveranstaltung entschuldigen“, sagt Oberbürgermeister Lutz Trümper. Zwar wurde die Gedenkveranstaltung nach dem Überfall fortgesetzt, ihren still-festlichen Charakter hatte sie jedoch vollständig verloren. *Eberhard Löblich*

Aktivitäten**Rechter Hintergrund****Schlägerei mit Todesfolge in Erfurt**

Die Anzeichen verstärken sich, dass Neonazis für den Tod eines 48-jährigen Mannes am 25. Januar in Erfurt verantwortlich sind. In der Thüringer Regionalpresse hieß es zunächst nur, dass der Mann den schweren Kopfverletzungen erlegen ist, die er sich bei einer Schlägerei zugezogen habe. So lautete anfangs auch die Version der Erfurter Polizei.

Weil die Kneipe, vor der die Auseinandersetzungen stattfanden, schon länger als rechter Treffpunkt bekannt ist, stellten antifaschistische Initiativen vor Ort eigene Untersuchungen an. In einer von „yafago“ und „Antifascist Youth Erfurt“ unterzeichneten Presseerklärung vom 27. Januar wurde erstmals ein rechter Hintergrund angesprochen. „Dieser Übergriff war offensichtlich politisch motiviert. Die Opfer waren eindeutig als links erkennbare Punker, die Angreifer bewaffnete Neonazis, wie aus dem Umkreis der Opfer zu erfahren war“, heißt es in der Erklärung. Die Punker seien an der Kneipe vorbeigegangen und von den Rechten angegriffen worden, so die Aussagen von Augenzeugen, mit denen die Antifagruppen gesprochen hatten. Sie sind an die Öffentlichkeit gegangen, weil sie befürchteten, dass das Geschehen als Kneipenschlägerei verharmlost wird. Mittlerweile schließt auch die Erfurter Polizei einen rechten Hintergrund für den Todesfall nicht mehr aus. Sie bestätigte die Angaben der Antifagruppen, dass sich unter den Angreifern Mitglieder der rechten Szene Erfurts befunden hätten. Unter den Opfern seien Angehörige der Punkszene gewesen. Der Tote war der Vater eines Punks und zufällig dabei. Weitere Opfer liegen mit Verletzungen im Krankenhaus. Bei fünf Personen fanden mittlerweile Hausdurchsuchungen statt. Dabei wurden ein Messer, ein Baseballschläger, ein abgebrochener Billardstock und eine abgeschlagene Glasflasche gefunden, sagte die Staatsanwaltschaft Erfurt.

Die Erfurter Antifaschisten weisen darauf hin, dass die rechten Aktivitäten vor Ort zugenommen hätten. So habe sich der Tattoladen Mjöltnir in der Innenstadt zu einem Treffpunkt der Szene entwickelt. Besitzer ist der „stadtbekannte Neonazi“ Jens Finger. Der Laden war in letzter Zeit mehrmals das Ziel antifaschistischer Proteste. *Peter Nowak*

Grauzone

Konkurrenten

Schill-Partei will in Bremen punkten

Zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai hofft die Schill-Partei noch auf ein bekanntes „Kaninchen“ aus dem christdemokratischen Lager, das sie aus dem Hut zaubern könnte, um unschlüssige Wähler zu überzeugen. Eine Abfuhr erteilte ihr jetzt der ehemalige Bremer Innensenator Ralf Bortscheller – allerdings eher zögerlich. Erst nach einem persönlichen Gespräch und mehreren Telefonaten mit der Bremer Parteispitze entschied er sich gegen ein mögliches Engagement in der Truppe des Hamburger Innensensors Ronald Schill.

Grundsätzlich hegt der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete durchaus Sympathien für die Schill-Partei, wie er unmissverständlich geäußert hat. Bortscheller, heute Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, gilt als eines der Aushängeschilder des rechten Parteiflügels der Union im Bundesland Bremen, das von einer Großen Koalition aus SPD und CDU regiert wird. Von 1995 bis 1999 hatte er sich als Innensenator vor allem durch rigorose Polizeiaktionen den Ruf eines Hardliners erarbeitet.

Die Schill-Partei hat ihre Hoffnung auf Rücken-deckung durch Bortscheller noch nicht ganz aufgegeben. „Uns gefällt seine Gesinnung“, lässt sich der Landesvize Jörg Wenzel zitieren, „und deshalb hätten wir ihn noch immer gerne bei uns.“ Nach dem jetzigen Stand der Dinge wird die Schill-Partei wohl ohne die Unterstützung des gelernten Rechtsanwaltes und Ex-Senators auskommen müssen. Sie zeigt sich wenige Wochen nach der Landesverbandsgründung im Januar zuversichtlich und peilt bei der Bürgerschaftswahl ein zweistelliges Ergebnis an. Bei der Bundestagswahl kam sie im kleinsten Bundesland auf lediglich 1,7 Prozent.

In erster Linie mit dem Schwerpunktthema der Inneren Sicherheit wollen die Schillianer das Blatt wenden. Dafür steht nicht zuletzt der Landesvorsitzende Jan Timke, ein 32 Jahre alter Polizeibeamter aus Bremen. In der Hansestadt wird auch der nächste Bundesparteitag der Schill-Partei mit 400 Delegierten und Stargast Ronald Schill abgehalten. Er ist für den 23. Februar in der „Strandlust Vegesack“ in Bremen-Nord geplant.

Zum Landesverband Bremen gehört nicht nur die Stadt Bremen, sondern auch Bremerhaven. Und hier könnte es bei der Bürgerschaftswahl durchaus spannend werden. Denn die rund 119 000 Einwohner zählende Stadt – gebeutelt von einer besonders hohen Arbeitslosigkeit – ist noch immer eine kleine Hochburg der Deutschen Volksunion des „National-Zeitungs“-Verlegers Gerhard Frey. Beide Parteien werden sich voraussichtlich ziemlich ins Gehege kommen. Seit 1991 ist die DVU in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung vertreten. Und seit 1999 sitzt ihr dortiger Fraktionschef Siegfried Tittmann auch in der der Bürgerschaft. Grund dafür ist der Sprung der DVU über die Fünf-Prozent-Hürde in der Stadt Bremerhaven. Übrigens wird auch in Bremerhaven in diesem Jahr zur Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Thomas Klaus

Fragwürdiges Projekt

Das Ende 2001 eingestellte rechtsextreme Theorieorgan „Staatsbriefe“ soll noch in diesem Halbjahr wiederbelebt werden. Dies kündigt der früher verantwortliche Herausgeber Hans-Dietrich Sander auf seiner Homepage an. „Hauptanliegen“ der „Staatsbriefe“ sei es, „die Bundesrepublik Deutschland zu überwinden und eine Reichsordnung“ einzuführen, heißt es noch im aktuellen Bundesverfassungsschutzbericht. Die „Neuen Staatsbriefe“, so der wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilte Sander, sollen nun im Rahmen der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg erscheinen. Die will sich in diesem Jahr mit dem in der „Altbundesrepublik“ wirkenden Preußeninstitut (stellvertretender Vorsitzender: Albrecht Jebens, CDU) verbinden. Seine Gesinnungskameraden ruft Sander dazu auf, „zwecks Förderung der Neuauflage der Zeitschrift“ der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg beizutreten. Sander betont: „Es können im Rahmen dieser unabhängigen Gesellschaft Diskussionen und Aktivitäten stattfinden, die in keiner Partei mehr möglich sind“. Als Sprachrohr der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg dienen die „Preußischen Nachrichten“. Autoren sind unter anderem der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) sowie der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Zu den Beiratsmitgliedern der Gesellschaft gehören Fürst Ferdinand von Bismarck und Rainer Glagow, Leiter der Verbindungsstelle Berlin der Hanns Seidel Stiftung. Anton Maegerle

Am Rande**Plumpe Agitation**

Einem „Handbuch Linksextremismus“ mangelt es an wissenschaftlichen Qualitäten, dafür verfügt es über politische Gesinnungen.

Forschungen und Veröffentlichungen zum Linksextremismus sind durchaus notwendig, allerdings nicht, wenn damit mehr ideologische, denn wissenschaftliche Interessen verbunden sind. Ein Beispiel dafür ist der von dem früheren Bonner Politologie-Professor Hans-Helmuth Knütter und dem freien Publizisten Stefan Winckler herausgegebene Band „Handbuch des Linksextremismus“ (Leopold-Stocker-Verlag, Graz 2002). Bereits im Vorwort geben sich beide aber mehr politisch-kämpferisch, denn sachlich-nüchtern: „Angesichts des linken einseitigen Kampfes gegen rechts wird hier das nötige Korrektiv geboten. Einer desinformierten, ja verhetzten Öffentlichkeit wird die verschwiegene Gefährlichkeit des Linksextremismus vor Augen geführt. Diese Veröffentlichung hat also eine ideologiekritische Funktion“ (S. 9). Der Sammelband gliedert sich in vier Teile, wovon sich in den ersten beiden mehr journalistisch denn wissenschaftlich ausgerichtete Aufsätze finden.

Unter der Überschrift „Linksextremismus als politische Erscheinung in Deutschland“ beschäftigt sich Mitherausgeber Knütter mit dem Antifaschismus als pseudomoralischer Basis des Linksextremismus, Werner Olles geht auf die Radikalisierung in der Folge des Studentenprotestes in Gestalt der K-Gruppen und des Linksterrorismus in den 70er Jahren ein, und Winckler nimmt sich den gewalttätigen Linksextremismus der Autonomen in den neuen sozialen Bewegungen der 80er und 90er Jahre vor. Der dann folgende Teil will „Fallstudien“ präsentieren: Klaus Motschmann unterstellt einen hohen Einfluss der 68er-Bewegung in der evangelischen Kirche, Bernd Kallina widmet sich der Agitation gegen deutsche Heimatvertriebene und ihre Verbände, Claus M. Wolfschlag postuliert einen Wandel von der „freiheitlich-demokratischen“ zur „antifaschistisch-volksdemokratischen“ Grundordnung, geht in einem weiteren Beitrag auf die poplärkulturelle Konstituierung einer radikalen Linken ein, Roland A. Richter untersucht die Aktivitäten der extremen Linken im Internet, Sebastian Prinz die Debatte um ein neues PDS-Programm

in den Jahren 2000/2001, Peter Meier-Bergfeld skizziert den Linksextremismus in Österreich. Der dritte Teil enthält eine Chronik des Linksextremismus, die in einer Ansammlung von Presseartikeln über einschlägige Aktivitäten besteht. Schließlich liefert der vierte Teil noch eine sehr kurz gehaltene kommentierte Bibliografie zum Thema.

Zweifellos behandelt der Sammelband interessante Themen, das Gesamturteil über ihn lautet allerdings: mangelhaft. Die Kritik beginnt schon bei der Begriffsverwendung und der folgenden Definition. An keiner Stelle verdeutlichen Herausgeber und Autoren, was sie mit Linksextremismus genau meinen. Weder gibt es eine genaue demokratie- noch eine genaue ideologietheoretische Erläuterung. An einer Stelle spricht Knütter sogar von „der so genannten demokratischen Linken“ (S. 16). Offenbar hält er alle Linken per se für Extremisten. Zumindest an einer Klarstellung mangelt es hier. Auch fehlt eine differenzierte Aufschlüsselung von geistigen Ausrichtungen, politischen Handlungsfeldern oder strategischen Optionen, was die minimalste Voraussetzung für ein sich „Handbuch“ nennendes Buch zum Thema wäre. Auch systematische Darstellungen zu linksextremistischen Organisationen und Personen findet man nicht: Es gibt keine zusammenfassende Darstellung zu KPD oder DKP, auch nicht zu Autonomen und Spontis. Hier und da werden allenfalls ein paar Informationen kursorisch und oberflächlich eingestreut. Überhaupt mangelt es vielen Beiträgen an wissenschaftlichen Minimalstandards: eine entwickelte Fragestellung fehlt ebenso häufig wie eine systematische Struktur. Selbst der Forschungsstand zu einzelnen Themen findet keine ausreichende Berücksichtigung. Knütter, der seit Jahren zum Antifaschismus publiziert, kennt offenbar noch nicht einmal das von Antonia Grunenberg vorgelegte bedeutsamste Werk dazu.

Vom Rechtsextremismus spricht man im Übrigen nur in Anführungszeichen, offensichtlich scheint es so etwas für manche Autoren gar nicht zu geben. Möglicherweise erklärt sich dies auch durch den politischen Kontext von Aktivitäten. Knütter referierte etwa bei der rechtsextremistischen Gesellschaft für freie Publizistik oder veröffentlichte ein anderes Buch im Hohenrain-Verlag. Offenbar verdankt sich die Herausgabe des Sammelbandes mehr der politischen Agitation denn der sachlichen Aufklärung. Um ein wirkliches Handbuch handelt es sich nicht einmal in Ansätzen.

Armin Pfahl-Traugher

Demokratische Initiativen

Gegen das Vergessen

Gedenkarbeit mit dem Blick nach vorn

Es ist zu einer schönen Tradition geworden, dass der Bundestag seit 1997 den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus nicht nur mit einer Feierstunde im Plenarsaal begeht, sondern aus diesem Anlass an die 120 Jugendliche aus allen Teilen der Republik zu einer mehrtägigen Begegnung einlädt. Fast ausschließlich sind das junge Menschen, die in ihren Heimatorten aktiv sind oder Arbeitsgemeinschaften zum Kampf gegen Rechtsextremismus und zum Studium der jüngeren deutschen Geschichte angehören. Die Begegnung bietet ihnen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, zum Treffen mit führenden Politikern, zum Kennen lernen der Arbeit des Bundestages und zum Besuch nationaler Gedenkstätten, ist also Lohn für geleistete und Anregung und Ansporn für künftige Arbeit unter der Generation, in deren Hände in den kommenden Jahrzehnten die Wahrung von Freiheit und Demokratie gelegt wird.

Das Programm, dessen Höhepunkt die Teilnahme an der Holocaust-Gedenkstunde des Bundestages ist, begann in diesem Jahr mit einem Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald und der Stadt Weimar. Im Gespräch mit dem Leiter der Gedenkstätte, Prof. Knigge, mit Gästen vom Jerusalemer Holocaust-Memorial Yad Vashem und bei Lesungen aus einem Sammelband von Erinnerungen einstiger Häftlinge wurden die Eindrücke vom Rundgang vertieft. Weimar lernten die jungen Besucher nicht nur als Stadt Goethes und Schillers kennen, sondern auch als Machtzentrum des Naziregimes.

Vom „Binom Weimar“ sprach in Berlin Jorge Semprun. Es war ein unvergessliches Erlebnis, dass sich kein Geringerer als der spanische Schriftsteller und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, selbst ehemaliger Buchenwald-Häftling, am Gespräch über die Eindrücke in Buchenwald beteiligte. Er tat es umso lieber, als er sich noch gut erinnerte, welch bleibendes Erlebnis es für seine beiden 17- und 20-jährigen Enkel vor Jahren war, gemeinsam mit ihm die für den Großvater schicksalhafte Stätte nazistischer Folterungen und Morde zu sehen. Semprun ermahnte dazu, wachsam zu bleiben, zitierte das Wort Primo Levis: „Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen.“

Im Paul-Löbe-Haus zog die Jungen und Mädchen am Vorabend des Gedenktages ein Zeitzeugentreffen in ihren Bann, das sich zum deutsch-jüdischen Studienabend entwickelte. Enkel Marcel aus Strausberg, selbst Teilnehmer der Jugendbegegnung, und sein in Berlin lebender Opa, der als Junge den Holocaust überlebte, berichteten in Dialogen und Monologen über die tragischen Schicksale vieler Familienmitglieder unter der Hitlerherrschaft und darüber, welche Rolle diese Erfahrungen im heutigen Leben der Familie spielen. Für einzigartigen Kunstgenuss und eine ergreifende Geschichtslektion sorgte die Sängerin Jalda Rebling, Tochter der aus Holland stammenden berühmten Interpretin jiddischen Liedguts Lin Jaldati. Sie trug jüdische religiöse und weltliche Lieder aus mehreren Jahrhunderten vor und verband sie mit Geschichten und Anekdoten aus dem jüdischen Leben dieser Zeit.

Nach der Feierstunde zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus traf man sich noch einmal mit Politikern und Historikern zu einem Gesprächsforum über „Rolle und Konzeption von Gedenkstättenarbeit an den Beispielen Yad Vashem und Buchenwald“. Am Forum beteiligten sich auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und seine Vorgängerin Rita Süssmuth. Thierse hob die Notwendigkeit der Beschäftigung mit der eigenen Geschichte hervor und fragte: „Wie sollen junge Menschen den Wert von Freiheit und Demokratie begreifen, wenn sie nichts vom Schicksal derer erfahren, die unter Unrechtsregimen leiden, die durch Unrechtsregime sterben mussten?“ So gesehen seien das Gedenken an die Toten, die Ehrung der Opfer Anstöße für unser heutiges und künftiges Handeln. Jorge Semprun würdigte die Rolle der Begegnungen der Zeitzeugen mit der Jugend. Alle Möglichkeiten müssten genutzt werden, denn es würden immer weniger. Wenn eine solche Veranstaltung in zehn Jahren wiederholt würde, dürfte sie wohl aus biologischen Gründen ohne Zeitzeugen stattfinden. Trauerarbeit solle man auch als Gedenkarbeit, als Kampf gegen das Vergessen begreifen.

Während des Forums berichteten Teilnehmer über ihre Erfahrungen in der politischen Arbeit mit Altersgenossen, über Schwierigkeiten mit Behörden und mangelnde Aufgeschlossenheit mancher Politiker. Man stellte Fragen zum Vertrag zwischen dem Zentralrat der Juden und der Regierung, dankte für das Erlebnis der zweieinhalbtagigen Begegnung. Adressen und SMS-Nummern wurden getauscht, vielleicht Keime für ein bundesweites Netzwerk junger Antifaschisten gelegt. *Ralf Bachmann*

Hintergrund**Das laute Schweigen**

Ein ganz gewöhnlicher deutscher Massenmörder – SS-Scherge lebt unbehelligt in einer norddeutschen Kleinstadt

Seit 1931 befand sich der Feinkostladen direkt neben dem Rathaus der norddeutschen Kleinstadt. Er gehörte zum Zentrum „irgendwie dazu“, notierte eine Lokalzeitung, als das Geschäft im Juni 2002 schloss. Ein anderes Blatt zitierte den 94-jährigen Inhaber: „Wir sind nicht für große Worte und machen von der Schließung kein Theater, wenn Leute sagen ‘es tut uns Leid’, ist das genug“.

Im Rathaus wollte man trotzdem große Worte loswerden. Man verschaffte dem Feinkosthändler ein Schreiben des Bundeskanzlers. Der war im Urlaub früher als Ministerpräsident einmal hier einkaufen. Routinemäßig habe das Kanzleramt vom Rathaus „entsprechende Informationen eingeholt“, sagt das Bundespresseamt. Danach habe „nichts dagegen gesprochen“, das Schreiben auszufertigen. Denn das Rathaus verschwieg, dass Feinkosthändler Gustav W. ein Massenmörder ist. Die Beteiligung des alten Mannes an Mordtaten sei „ein offenes Geheimnis“ gewesen, stellte ein Historiker Ende der 80er-Jahre fest, als er für ein Buch über die NS-Zeit in der Stadt recherchierte. Gerüchte gingen um, mancher mied den Laden. 1962, 1964, 1966 und 1969 hatte die örtliche Staatsanwaltschaft die Akten auf dem Tisch, auch das sprach sich rum.

Als Täter in Nazi-Deutschland war Gustav W. ein kleines Licht. Keiner, der im Register von Fachliteratur genannt wird. Ein ganz gewöhnlicher deutscher Massenmörder. Eine historisch bislang fast unerforschte Spezies. Männer, die aus kleinbürgerlichem Milieu in die Mordwelt wechselten und anschließend spurlos im Alltag verschwanden. Die vor keinem Gericht sagen mussten, was jedem Landedieb abverlangt wird: Es tut uns Leid.

W. gehörte seit 1933 der Allgemeinen SS an. Zwischen März und September 1940 ist er als Angehöriger der Waffen-SS in Warschau, während die polnische Intelligenz eliminiert wird. 1941 wird er zur Gestapostelle Hildesheim versetzt, wo er eigenen Angaben nach „in der Kartei beschäftigt“ ist (Vernehmung vom 19.8.1969). Er ist in Pretzsch dabei, als das vom Reichssicherheitshauptamt hand-

verlesene SS-Personal für die von Amtsleitern befehligten Einsatzgruppen zusammengezogen und auf den Judenmord eingeschworen wird.

Mit den Massenerschießungen der Einsatzgruppen im Rücken der Front gegen die Sowjetunion beginnt im Sommer 1941 die „Endlösung der Judenfrage“. „Ein wanderndes Reichssicherheitshauptamt, eine Gestapo auf Rädern“ nannte das Nürnberger Militärgericht diese Einheiten, die täglich in Blut wateten. „‘Schlächtereizüge’ (...), die für immer den deutschen Namen besudelt haben“, kommentierte eine christliche Zeitung den Prozess gegen sechs Führer des Einsatzkommando 9 (EK 9) der Einsatzgruppe B vor dem Landgericht Berlin 1962, bei dem W. – 54 Jahre, „heute wohlbestallter Kaufmann“ – als einer von 111 Zeugen auftrat.

■ Bei Massakern als Schütze eingesetzt ■

Eineinhalb Jahre bleibt W. dem etwa 120 Mann starken EK 9 zugeteilt. Der SS-Scharführer arbeitet im „Polizeireferat“, das die Exekutionen vorbereitet, die Opfer selektiert und über die Blutatten Buch führt. Die Bilanzen des Todes heißen „Ereignismeldungen“. 11 449 Opfer werden von Juni bis Oktober 1941 vom EK 9 an die Wilhelmstraße reportiert. Das Urteil des Landgerichts Berlin veranschlagt die juristisch sichere Zahl auf 6800 Tote (Az.: 3 PKs 1/62); in seiner Begründung schätzte der Vorsitzende Richter tatsächliche 15 000.

Gustav W. wird bei wenigstens zwei Massakern an 200 Juden im weissrussischen Witebsk im August 1941 als Schütze eingesetzt. „Jeder Angehörige des Kommandos musste wenigstens einmal an einer Erschießung teilnehmen“, erklärte der ehemalige Kommandeur Filbert als Angeklagter. „Die Opfer wurden jeweils zu viert an eine Grube geführt und hineingestoßen“, gibt ein Gerichtsreporter wieder. „Wenn sie unten aufschlugen, eröffneten die Posten des EK 9 das Feuer aus Karabinern auf sie. Die Kommandoführer, Greiffenberger und Filbert, standen mit gezogener Pistole am Grubenrand, um Verletzten den ‘Fangschuss’ zu geben. Das sei aber nicht notwendig gewesen, weil die Schützen ‘eingeschossen’ waren, wie Greiffenberger sagte. Ohne die Leichen zu bedecken, seien dann die nächsten Juden auf sie geworfen und erschossen worden.“

In drei Wochen, die sich das EK 9 in Wilna, Witebsk und Wiljeka aufhielt, sollen über 5000 Juden

ermordet worden sein. Gustav W., der nur ausnahmsweise schoss, machte gewöhnlich Inventur. Im Verfahren gegen die Kommandeure des EK 9 Schäfer und Wiebens wurde 1966 ein Zeuge gefragt, wie sie denn kleine Kinder liquidiert hätten. „Na, wie die Katz.“ Nach einer schweigenden Weile bat der Richter um Erläuterung. „Na, sie wurden mit der einen Hand am Genick gepackt und mit der anderen erschossen.“ Laut „Ereignismeldung 92“ der Einsatzgruppe A vom 29. September 1941 wurden in einer Aktion 1025 Juden umgebracht. Gustav W. kam im November 1942 an die „ruhigere“ Heimatfront. Zur Gestapo Hannover.

In der Gestapo-Außenstelle Ahlem dient W. „als Sachbearbeiter für Ausländerangelegenheiten“, wie er selbst angab, „das heißt, ich musste Vernehmungen durchführen von Personen, die sich des Arbeitsvertragsbruches schuldig gemacht hatten“. Am 4. April 1945 traf ein Todesmarsch mit sowjetischen Zwangsarbeitern aus dem „Arbeitserziehungslager“ Lahde in Ahlem ein. Vom Chef der Gestapoleitstelle kam der Befehl: Alle erschießen, die nach dem Ende gefährlich werden könnten. Denn das Ende war gewiss. Die US-Armee kesselte die Stadt bereits ein. SS-Obersturmführer Joost war sich bewusst, dass die Morde in letzter Minute den Zorn der Sieger erregen würden. Er verzögerte und drückte sich um den eigentlichen Schießbefehl.

Letzte Selektion: 154 Männer und ein russisches Mädchen von 18 Jahren. Joost ließ seinen Leuten die Wahl; wer von ihnen „nicht die Kraft zur Ausführung dieses Befehls“ habe, könne anstandslos gehen. Einer tat es. Die übrigen bekamen eine Schachtel Zigaretten. Auch Gustav W., 37 Jahre alt, seit vier Jahren im Mordhandwerk. Er präparierte die Grube auf dem Seelhorster Friedhof. Am Sonntag, 6. April, wurden die Gefangenen in Gruppen zu 25 dorthin geführt. Der dienstälteste SS-Mann gab den Schießbefehl und die „Fangschüsse“. Die ans Grab tretenden Häftlinge mussten die vor ihnen gefallenen mit Erde bedecken. W. machte bei Joost Meldung. Er berichtete von Komplikationen. Das russische Mädchen habe einfach nicht sterben wollen. Ein SS-Mann feuerte einmal, zweimal, erst beim dritten Schuss fiel sie. In dem Moment, als die Schützen irritiert waren, griff ein sowjetischer Hauptmann einen Spaten, schlug den SS-Mann nieder, sprang in den nahen Wald und entkam.

Vier Tage später nahmen die US-Amerikaner Hannover ein. Vor laufenden Kameras in verordneter Anwesenheit gewöhnlicher Bürger mussten „bela-

stete Nazis“ das Massengrab auf der Seelhorst ausräumen. Weit mehr Leichen als befürchtet wurden geborgen, 526 insgesamt. 386 wurden im Trauerzug zum Maschsee gefahren und am Nordufer bestattet. Im April 1947 wird Gustav W. zu 13 Jahren Haft verurteilt. Schon am 13. August 1950 erfolgt die Begnadigung, „wegen guter Führung“.

Zurück in seiner norddeutschen Heimatstadt wird W. ein achtbarer Bürger. „Unberührt kehrten diese subalternen Henker später in ihr Urmilieu beflissener Dienstleistung zurück“, empörte sich ein Berichterstatte des Prozesses gegen die Chefs des EK 9, Filbert (Bankfilialleiter), Schneider (Ministerialreferent), Greiffenberger (Buchhalter), Struck (Kriminalrat) und Tunnat (Handwerkskammer). „Nahtlos fanden diese Beamten, die Tausenden gehorsam den Tod gereicht hatten, den Anschluss an ihre harmlosen Kollegen, die nur Sparkonten durch Schalter reichen.“

■ Ohne Befehl für eine Schachtel Zigaretten gemordet ■

Juli 2002: Zufällig erfährt der 68-jährige Augenarzt und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft DIG, Peter Meves, vom Kanzlerschreiben an den Feinkosthändler. Er lässt den alten Mann „unbehelligt“ und schweigt. Meves gilt in W.s Heimatstadt als Störenfried. Fast fünf Jahre lang stritt er mit Politik und Verwaltung um ein Mahnmal für die im Holocaust ermordeten jüdischen Mitbürger. Das hat man ihm bis heute nicht verziehen.

Im November wird der DIG-Vorsitzende in der Lokalzeitung angeklagt, die Stadt mit Skandal erpresst zu haben. Er hatte den Verantwortlichen geraten, einen Vortrag über eine Israelitische Gartenbauschule in Hannover-Ahlem still aus dem Programm der Israelischen Kulturwochen im Mai 2003 zu nehmen, wenn sie nicht bereit wären darüber zu reden, dass 1941 bis 1944 von hier aus Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager abgewickelt wurden. Von Gustav W. ganz zu schweigen. Das Rathaus streicht den Vortrag, macht aber doch große Worte und lanciert einen Artikel über den scheinbar sinnlosen Eifer Meves'. Darin kein Wort von den Morden des Feinkosthändlers. Das laute Schweigen hält an. Die Zeitung lehnt einen Leserbrief mit Details aus W.s Dienstlaufbahn ab: Er „könnte den Tatbestand einer üblen Nachrede enthalten“. Uwe Ruprecht

Demokratische Initiativen**Leidensstationen**

Wanderausstellung über die Deportation und Vernichtung der württembergischen und badischen Juden

Ein Dokument, von dem noch heute das kalte Grauen ausgeht: die Rechnung der lokalen Tankstelle an die badische Gemeinde Bretten über die Benzinkosten für den Synagogenbrand am Tag der Reichspogromnacht. 50 Liter Shell hatte die Freiwillige Feuerwehr in Bretten zum Abfackeln der Synagoge benötigt. Kosten: 19.50 Reichmark. Die Synagoge ging, so ein Schreiben des örtlichen SS-Führers an die 62. SS-Standarte vom 11. November 1938, in Flammen auf. Zeitgleich wurden in der Geburtsstadt des weltweit bekannten Humanisten Philipp Melanchthon 29 Juden verhaftet. Zu sehen ist dieses einzigartige Dokument in der Wanderausstellung „Ruth ‘Sara’ Lax. 5 Jahre alt – deportiert nach Riga. Deportation und Vernichtung badischer und württembergischer Juden“, die seit verganginem Jahr durch Baden-Württemberg zieht. Das Schicksal der Stuttgarterin Ruth Lax, des Ludwigsburgers Ludwig Elsas und des Pforzheimers Hellmuth Wolff wird, anhand von zahlreichen Fotos und Dokumenten anschaulich dargestellt und chronologisch geordnet, im politischen Kontext der gesamten Nazizeit gezeigt: von der Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden in Deutschland bis zur finalen Umsetzung der „Endlösung der Judenfrage“.

Gezeigt werden in der Ausstellung auch Auszüge aus dem Wannsee-Protokoll, in dem wörtlich von der „Endlösung der europäischen Judenfrage“ gesprochen wird. Die Wannsee-Konferenz, die sich am 20. Januar 2003 zum sechzigsten Mal jährte, ist als manifestierendes Ereignis im Zuge von Planung und Ausführung des Holocaust zu sehen. Einsatzgruppen mordeten, wie die Ausstellung zeigt, schon seit dem Einfall in Polen.

Erarbeitet wurde die Wanderausstellung in Zusammenarbeit des Bundesarchivs – Außenstelle Ludwigsburg, des Staatsarchivs Ludwigsburg und des Stadtarchivs Ludwigsburg. Ansprechpartner ist das Bundesarchiv – Außenstelle Ludwigsburg: Tel.: 07141/899214, ludwigsburg@barch.bund.de.

Die Ausstellung kann als Katalog zum Preis von 5 Euro (zuzüglich Porto) bezogen werden. **A.M.**

Ausland**„Meinungsdelikt“**

Die Verurteilung des Holocaust-Leugners Gaston-Armand Amaudruz hat zahlreiche Proteste hervorgerufen.

Der Verein „Vérité et Justice“ ist zwar im vergangenen März 2002 vom Bezirksgericht Châtel-Saint-Denis aufgelöst worden, doch der Zusammenschluss der Schweizer Holocaust-Leugner ist weiterhin aktiv. In der zweiten Januarrhälfte 2003 publizierte er eine neue Nummer seines Vereinsbulletins. Der verantwortliche Redakteur René-Louis Berclaz widmet die Nummer ausschließlich dem 83-jährigen Lausanner Holocaust-Leugner Gaston-Armand Amaudruz, der seit Mitte Januar 2003 eine dreimonatige Gefängnisstrafe absitzen muss. Verschiedene einschlägig bekannte Holocaust-Leugner, darunter Robert Faurisson und Henri Roques, empören sich über Amaudruz' Verurteilung und den Vollzug der ausgesprochenen Strafe. Diese Interventionen waren absehbar wie das Amen in der Kirche, eher überraschend ist hingegen, dass sich über ein Dutzend rumänischer Professoren und Kirchenleute für die „Befreiung“ Amaudruz einsetzen.

Klar ist jedenfalls die politische Herkunft eines Vorstoßes im italienischen Senat. Im vergangenen Sommer 2002 verlangte Antonio Serena, Mitglied der rechten Alleanza Nazionale, einen „formellen Protest“ bei der Schweizer Regierung wegen Amaudruz' Verurteilung wegen eines „Meinungsdeliktes“ und wegen des fortgeschrittenen Alters von Gaston-Armand Amaudruz.

In den vergangenen Wochen hat der Verein „Vérité et Justice“ eine weitere Homepage ins Internet gesetzt. Offiziell ist die Site im US-Bundesstaat Illinois registriert, doch das Postfach des Vereins ist weiterhin in Châtel-Saint-Denis. Über diese Adresse betreibt „Vérité et Justice“ auch „streng vertraulich“ einen Versand-Bücherdienst. Neben mehreren, bereits in den vergangenen Jahren veröffentlichten einschlägigen Broschüren liefert der Versand neu in französischer Sprache auch die bekannt-berüchtigte antisemitische Schrift „Der internationale Jude“ von Henry Ford. Das Machwerk war bereits vor Jahren im Herbst 2000 angekündigt worden, doch hatte sich die Produktion aus unbekannten Gründen verzögert. **Hans Stutz**

Bücherschau

Nützliche Quelle

Ein Nachschlagewerk über den gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus in all seinen ideologischen und organisatorischen Facetten will das von Thomas Grumke und Bernd Wagner herausgegebene „Handbuch Rechtsradikalismus“ sein. Wie Thomas Grumke eingangs betont, verwendet man den Begriff Rechtsradikalismus, um das vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft reichende Phänomen breiter darstellen zu können.

In dem als Sammelband konzipierten ersten Teil wird in 15 Beiträgen von Journalisten und Wissenschaftlern ein Überblick über den Rechtsradikalismus in Deutschland wie auch seiner internationalen Verbindungen geboten. Bernd Wagner befasst sich mit jugendlicher Subkultur von rechts und den Veränderungen der Neonazi- und Skinheadszene in den neuen Bundesländern seit der Wende. Armin Pfahl-Traugher vergleicht die Entwicklung der rechten Parteien und des neonazistischen Spektrums in Ost- und West und konstatiert ein stärkeres Anwachsen des gewalttätigen Potenzials im Osten. Der „rechtsextremen Internationale“ widmet sich Thomas Grumke, der auf die Achse NPD/Junge Nationaldemokraten zur – mittlerweile zersplitterten – US-amerikanischen National Alliance und der britischen BNP verweist. Die Entwicklung des „Rechtsradikalismus in Mittel- und Osteuropa nach 1989“ thematisiert Michael Minkenberg. Nationalistische Rhetorik und das ethnische Konzept der Nation seien dort weit verbreitet, die extreme Rechte erhalte daher trotz Mobilisierungspotenzials nur begrenzte Wählerunterstützung und sei eher vergangenheitsorientiert, so der Politikwissenschaftler aus Frankfurt/Oder. Mit der Frage, ob der Rechtsradikalismus aufgrund seiner verwinkelten, breit gefächerten Vernetzung als soziale Bewegung gelten kann, beschäftigt sich der Berliner Soziologe Dieter Rucht. Renate Bitzans Thema sind „Frauen in der rechtsextremen Szene“, die aber nach Feststellung der Autorin kein einheitliches Bild bieten.

Einen Überblick über die rechtsextreme Publizistik bietet Thomas Pfeiffer, der ihre hohe Bedeutung für die Szene hervorhebt. Sven Pötsch stellt die finanziell lukrative Rechtsrock-Szene dar. Mit rechten Seiten im Internet und Gegenstrategien befasst sich Klaus Parker. Helmut Willems analysiert rechts-

extreme Straf- und Gewalttäter. Zunehmende Fremdenfeindlichkeit habe dem Rechtsextremismus neue Zuflüsse beschert, hält der Trierer Wissenschaftler fest. Vor der Gefährlichkeit des militanten rechten Spektrums warnt Anton Maegerle. Margret Chatwin untersucht die Rolle des Antisemitismus im Rechtsextremismus. Der Hamburger Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter beschreibt Strömungen und Vordenker der intellektuellen deutschen Rechten. Friedrich Paul Heller präsentiert Schnittstellen von Esoterik, Satanismus und Rechtsextremismus. Wie rechtsextreme Kleidung und Symbolik zu erkennen sind, zeigen Lorenz Korgel und Dirk Borstel auf.

Die folgenden Abschnitte II. und III. enthalten – umfangreiche – Angaben über rechtsextreme Personen, Organisationen, Verlage und Vertriebe sowie Musikgruppen. Streng nach Alphabet (von Holger Apfel bis Ernst Zündel) sind 54 einflussreiche Aktivisten des rechtsextremen Spektrums aufgelistet. Die Palette reicht von NPD-Funktionären, Skinheads, führenden Neo- und Altnazis, auch bereits verstorbenen, Holocaust-Leugnern, bis hin zu neurechten Ideologen wie Alain de Benoist und anderen. Sehr ausführlich werden auch die Parteien und Organisationen abgehandelt. Eine systematischere Anordnung wäre dabei wünschenswert gewesen. Dies gilt insbesondere, was seit langen Jahren verbotene neonazistische Gruppierungen anbelangt. Die detaillierte Darstellung bedingt zwangsläufig Überschneidungen. Bei der Aufzählung der rechtsextremen Verlage beschränkt man sich dann auf die bekannteren. Einen guten Überblick liefert das Kapitel über Akteure der rechten Musikszene.

Erfreulich ist das ausführliche Personen- und Sachregister, was die Handhabung des 550 Seiten starken Werkes erheblich erleichtert. Als nützlich erweist sich die Liste der Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Angemerkt werden soll allerdings zu den sicherlich mit viel Fleiß zusammengetragenen Informationen über Personen und Organisationen des rechten Spektrums, dass hier doch zu viel des Guten getan wurde. Hier wäre es von größerem Nutzwert, hätte man sich auf wesentliche knappe Angaben beschränkt. Zumal zu jeder Einzelangabe auch noch eine sachkundige Einschätzung geboten wird. Insgesamt ist das „Handbuch Rechtsradikalismus“ aber durchaus eine hilfreiche Quelle für Kenner der Materie und Neueinsteiger.

Gabriele Nandlinger

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002 (Leske + Budrich), 546 Seiten, 29,90 EUR.

Meldungen

■ **Berlin** – Unter dem Motto „Wir sind das Volk. Soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug. Globalisierung heißt: Verlust von Arbeit, Heimat, Identität. Wir sagen: NEIN“ mobilisiert die NPD zu einer bundesweiten Großdemonstration der „nationalen Opposition“ am 1. Mai in Berlin. Aufmarschieren soll das „anständige Deutschland“ am Platz vor dem Messegelände am Funkturm: „Setzen wir ein Zeichen nationaler Solidarität und Geschlossenheit! Schauen wir nicht länger tatenlos zu, wie eine kleine Clique um ihre Pfründe bangender Politbonzen unsere Heimat auf dem Altar der Großindustrie opfert.“, appelliert die NPD.

■ **Bernau** – Solidarität mit Friedhelm Busse wollen am 1. März Neonazis und NPD-Kader aus dem Südwesten bekunden. An diesem Tag soll eine Solidaritätsdemonstration für den in Bernau/Chiemsee einsitzenden Ex-FAP-Führer Busse stattfinden. Zum Aufmarsch in Bernau haben unter anderem die „Kameradschaft Karlsruhe“ und „unabhängige Kräfte“ aus dem Saarland angekündigt, jeweils mit einem großen Bus anzureisen.

■ **Cottbus** – Der im „Kerker Cottbus“ inhaftierte und von der braunen Knastorganisation HNG betreute Neonazi Maik Bauer hat einen „Freundeskreis Cottbus“ (F.K.C.) gegründet. Dieser besteht aus inhaftierten Gleichgesinnten, die ebenfalls in der Cottbuser Justizvollzugsanstalt einsitzen.

■ **Frankfurt** – Der Rechtsanwalt Claus Wilhelm Rudolf Plantiko, Strafverteidiger von Manfred Roeder, wurde am 22. Januar vom Amtsgericht Frankfurt wegen Richter-Beleidigung und übler Nachrede zu einer Geldstrafe verurteilt. 5000 Euro kosten den Bonner Juristen Plantiko (64) seine Verbalinjurien aus dem vergangenen Jahr. Plantiko, ehemaliger Oberstleutnant der Bundeswehr, hatte im Rahmen einer Gerichtsverhandlung („Schauprozess“) gegen Manfred Roeder (73) im Januar des vergangenen Jahres die Richter des Frankfurter Landgerichts als „Parteigenossen“, „Schauspieler“ und „Verrichtungsgehilfen in Robe“ verunglimpft. Aufgrund dieser Äußerungen wurde er von der Verteidigung Roeders entpflichtet.

■ **Köln** – Interviewpartnerin der Januar-Ausgabe des NPD-Sprachrohrs „Deutsche Stimme“ ist Judith Wolter. Die 24-jährige Jura-Studentin führt seit 1999 die überparteiliche Bürgerbewegung Pro Köln und überbrachte beim letzten JN-Bundeskongress

ein Grußwort ihrer Vereinigung. Ziel der von ihr geführten „Bürgerbewegung“ sei es, bei der Kommunalwahl 2004 in den Rat der Stadt Köln einzuziehen, berichtet Wolter. Pro Köln versteht sich Wolter zufolge als „nationale Opposition, die sich gegen Überfremdung, Kriminalität und Korruption einsetzt.“ Wolter fordert „eine Fundamentalopposition gegen die politische Klasse, Multikulturalismus, Globalisierung, Überfremdung, Korruption, Amerikanisierung und Werteverfall.“

■ **München** – Die Münchner Polizei hat den 45-jährigen Rechtsextremisten Andreas Tarnow festgenommen. Tarnow, Unterzeichner des von der „Jungen Freiheit“ initiierten „Appells für die Pressefreiheit“, hatte mit einem Anschlag auf die Münchner Sicherheitskonferenz gedroht, die am zweiten Februarwochenende im Hotel Bayerischer Hof stattfindet und an der hochrangige Politiker, Militärs und Diplomaten teilnehmen. In der Wohnung des Fröhrentners fand die Polizei rechtsextreme Devotionalien, darunter Hitler-Büsten und Hakenkreuzfahnen. Beschlagnahmt wurden auch brutale Kinderporno- und Kannibalismus-Videos.

■ **Neu-Ulm** – Angaben des Aktionsbüros Norddeutschland zufolge ist der NPD-Kreisvorsitzende von Neu-Ulm, Stefan Winkler, als Informant des Verfassungsschutzes tätig. Das Aktionsbüro fordert in einem im Internet veröffentlichten Schreiben „alle Kameraden – in- und außerhalb der NPD –“ dazu auf, „den Kontakt mit Winkler sofort einzustellen“.

■ **Norderstedt** – „Was tun, wenn der Tag X da ist?“, heißt es auf der Homepage des neonazistischen Aktionsbüros Norddeutschland (Tobias Thiesen, Norderstedt). Der „Tag X“ wird als der Tag definiert, an dem „die US-geführten Truppen im Irak einmarschieren“ oder „die Hauptstadt des Irak, Bagdad, bombardiert wird“ oder „in den westlichen Massenmedien der Kriegsbeginn offiziell verkündet wird“. Die Neonazis rufen auf zu Protestaktivitäten vor US-amerikanischen Einrichtungen „jeglicher Art“ („da wir uns ganzheitlich gegen die globale US-Machtpolitik stellen, umfasst dies auch deren wirtschaftliche oder unkulturelle Auswüchse, wie z.B. bekannte US-Firmen oder Fast-Food-Ketten“), Einrichtungen der „BRD-Regierungsparteien“ und vor „Einrichtungen etablierter BRD-Medien, die offenkundig pro-amerikanische Kriegspropaganda betreiben“. Neben gängigen Protestformen wie „Demos, Mahnwachen, Kundgebungen, Infotische, Flugblattverteilungen, Plakatieren“ werden in dem

Positionspapier „Was tun am Tag X“ auch „alternative Protestformen“, auf die „hier nicht speziell eingegangen werden soll“, angekündigt: „Sprecht nicht lange über das, was ihr tun wollt, sondern tut es einfach...“

■ **Potsdam** – An der Universität Potsdam wurden an mehreren Standorten Flugblätter der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ verteilt. In den Schriften wird besonders vor der angeblichen Ausnutzung des deutschen Gesundheitssystems durch Ausländer/innen gehetzt. Der ASTA der Universität Potsdam will prüfen, ob gegen die Urheber des Flugblattes und deren Verteiler Strafanzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung erstattet werden kann.

■ **Rheinbach** – Die „besondere Nähe Violas zu dem DAO-Landesbeauftragten“ gibt „Anlass für Fragen“ wird in der aktuellen Ausgabe des Blättchens „Frieden 2000“, den „Nachrichten der Deutschland-Bewegung“ festgestellt. Der DAO-Landesbeauftragte wurde „mittlerweile fristlos von seinen Aufgaben entbunden“, heißt es. Hintergrund dieser Aussagen dürften die öffentlich gewordenen Kontakte zwischen dem jüngst als VS-Spitzel enttarnten Peter Viola (Hamm), langjähriger Funktionär der Jungen Nationaldemokraten, und Werner Keweloh (BnR 3/02) sein, der die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO), eines Ablegers der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechtersheimer, leitete.

■ **Ulm** – Dietmar-Dominik Hennig (Jg. 1976), als Autor unter anderem in den extrem rechten Blättern „Zur Zeit“ und „Aula“ und als Leserbriefschreiber in „Nation&Europa“ in Erscheinung getreten, wurde auf der jüngsten Mitgliederversammlung des FDP-Kreisverbandes Ulm zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt. Hennig gehörte einst den Republikanern und dem Cannstatter Kreis als Mitglied an und war zeitweilig Regionalsprecher der Deutschland-Bewegung.

■ **Villingen-Schwenningen** – Jürgen Schützinger (Jg. 1953), Bundessprecher, Kreis- und Stadtrat der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) in Villingen-Schwenningen, wurde für seine „kommunalpolitischen Verdienste“ mit der Silbernen Ehrennadel des Städtetages Baden-Württembergs (Präsident: Bernd Doll, CDU) ausgezeichnet. Schützinger, der 1982 wegen seines rechtsextremen Engagements aus dem Polizeidienst entlassen wurde, sitzt seit 1980 im Gemeinderat der Stadt Villingen-

Schwenningen und seit 1984 im Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises. Gewählt wurde er damals als baden-württembergischer NPD-Landesvorsitzender. 1991 war Schützinger einer der Gründerväter der DLVH.

■ **Waiblingen** – Das Amtsgericht Waiblingen hat zwei Skinheads wegen Misshandlung, Nötigung und Körperverletzung zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Die beiden Rechten im Alter von 19 und 21 Jahren hatten in einem Nahverkehrszug einen 53-jährigen Inder mit einem Messer bedroht, beschimpft und mit einem Feuerzeug den Bart des Mannes angezündet. Zwei weitere Skins wurden wegen Beihilfe zu Bewährungsstrafen verurteilt. Ein fünfter Angeklagter erschien mit 2,7 Promille zum Prozess und wurde wegen Verhandlungsunfähigkeit wieder nach Hause geschickt.

■ **Waldeck** – Der in der Justizvollzugsanstalt Waldeck einsitzende Rechtsextremist Manfred Roeder (Jg. 1929) agitiert offenbar unbehindert aus dem Knast. So verfasst er weiterhin Rundbriefe im Namen seiner „Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI). In der aktuellen Ausgabe seines Rundbriefes betont der mehrfach vorbestrafte Roeder, der im Juli 2002 vom Rostocker Landgericht wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verleumdung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt wurde, dass er die deutsche Vergangenheit nicht „verteufeln“ werde. Seine Kameraden ruft er auf, nach einem „ausländischen Rechtsanwalt oder Sachverständigen“ zu suchen, „der bereit wäre, die Gewalt- und Willkürjustiz der BRD anzuprangern“. Roeder teilt mit, dass auf seinem „Reichshof“ auf dem hessischen Knüll (Roeder: „Der Knüll ist die sichtbare Keimzelle für das neue ‘und ewig alte’ Reich!“) die Arbeit weitergehe. So organisiere dort Siegfried Heising „Heimatabende und sorgt für erstklassige Redner“. Die „seit Jahren sturmgewohnte Sekretärin“ Sina Reichenbach halte „alle Fäden zusammen“. Ihr stehen Roeders Söhne Konrad und Rudolf zur Seite. Erfreut zeigt sich Roeder über die Aktivitäten von Marc Müller, einem Mitglied der rassistischen „Artgemeinschaft“. Der habe eine „großartige Seite über unseren Kampf ins Internet gesetzt.“

■ **Wetzlar/Ehringshausen** – Um das Amt des Oberbürgermeisters im hessischen Wetzlar bemüht sich die 47-jährige NPD-Gemeinderätin aus Ehringshausen Doris Zutt. Einstimmig wurde sie von ihrem NPD-Kreisverband Lahn-Dill zur Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl am 15. Juni auf-

gefordert. Zuletzt hatte die NPD-Multifunktionärin, sie gehört auch dem Bundesvorstand der Partei an, anlässlich der Bundestagswahl vom September für die NPD kandidiert. Zum Ende des vergangenen Jahres hat Doris Zutt ihr bundesweit bekanntes Ladengeschäft „Zutts Patrioten Treff“ in Ehringshausen nach knapp fünf Jahren wieder geschlossen. Die Dependence im mecklenburgischen Waren/Müritz besteht weiterhin.

■ **Wiesbaden/Hannover** – Bei den hessischen Landtagswahlen am 2. Februar halbierten die Republikaner mit 1,3 Prozent (34 553 Wählerstimmen) ihr Ergebnis von 1999 (2,7 Prozent und 75 114 Stimmen). Die Schill-Partei landete ebenfalls abgeschlagen bei 0,5 Prozent (14 494 Stimmen). Die obskure Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) verbesserte sich um 1044 Wählerstimmen (1656, 0,1 Prozent), die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) blieb bei 0,2 Prozent (1676 Stimmen). Schlimmer kam es für die Republikaner in Niedersachsen, dort sackten sie auf 0,4 Prozent (17 048 Stimmen; ein Minus von 101.927) ab (1998: 2,8%). Für die Schill-Partei votierten bei der niedersächsischen Landtagswahl 40 320 Wähler (1 Prozent), mit 0,2 Prozent (7819 Stimmen) hielt sich die PBC, BüSo holte 1461 Stimmen.

■ **Wietz** – Nach 30 Ausgaben hat Roman Rheinsberg (Wietze, Kreis Celle) aus Kostengründen sein seit 1995 erscheinendes Zine „Der Schwarze Drache“ eingestellt. Rheinsberg gibt im Vorwort der letzten Ausgabe kund: „Da viele von Euch es nicht einmal für nötig halten, hin und wieder eine kleine Spende zu schicken ... sehen wir es nicht mehr ein, für diese sog. 'nationalen Widerständler' den Kopf hinzuhalten, und Verfahren am Hals hatten wir einige in den letzten Jahren.“ Das Ex-FAP-Mitglied Rheinsberg weiter: „Wer nicht begreift, dass Widerstand Opfer kostet, auch eigene, der gehört nicht zu uns und der wird noch in 30 Jahren von der Machtübernahme träumen.“ Ein letzter Gruß Rheinsbergs geht an den österreichischen Neonazi Karl Polacek.

■ **Tübingen** – Als Autor in der revisionistischen Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) aus dem Haus des rechtsextremen Tübinger Grabert-Verlages tritt neuerdings Albrecht Jebens, seit Jahrzehnten Mitglied der baden-württembergischen CDU, in Erscheinung. Jebens, vormals Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim und Vorsitzender der Hans Filbinger Stiftung, attackiert in seinem DGG-Beitrag „Die Bun-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 10
 Heft 03/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

desrepublik – noch immer nicht souverän“ (Ausgabe 4/2002) die Unionsparteien. Diesen wirft er vor, „stärker als die Sozialdemokraten den Verlust der nationalen Souveränität als Normalität deutscher Politik verinnerlicht“ zu haben. Die „Jalta-Ordnung“, so schwadroniert Jebens, der zugleich Funktionär der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik und der Deutschen Studiengemeinschaft ist, sei das „von vornherein angestrebte Ziel der alliierten Kriegspolitik, nämlich die dauerhafte Ausschaltung des Deutschen Reiches als militärische, politische, kulturelle und wirtschaftliche Macht in Europa bei gleichzeitiger Verinnerlichung aller Schuld durch die Besiegten“ gewesen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (030) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.